

Zeitenwende?

Eine Zwischenbilanz der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Österreichs.

23. April 2024 im Festsaal der Diplomatischen Akademie in Wien.

Zusammenfassung der Veranstaltung und Ergänzungen von Hptm aD Prof. Ing. **Ernest F. Enzelsberger** MBA (WU Wien), Präsident der Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Vorarlberg, Ehrenmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Wien. Lochau am Bodensee am 12.5.2024

Am 23.4.2024 veranstaltete das Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) in enger Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Österreich - Multilateraler Dialog Wien, diese Podiumsveranstaltung.

Eröffnungsredner waren Dr. Werner Faslabend (Präsident des AIES) und Sebastian Enskat (Direktor der KAS Wien). In der anschließenden Podiumsdiskussion gaben General Mag. Rudolf Striedinger (Chef des Generalstabes, Österreichisches Bundesheer), Generalstabsarzt Dr. Nicole Schilling (Vizepräsidentin Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr Deutschland) und Prof. Carlo Masala (Universität der Bundeswehr München) detaillierte Einschätzungen zu der Verteidigungs- bzw. Kriegsfähigkeit Deutschlands und Österreichs.

Abschließend gab der Moderator der Diskussion Michael Zinkanell (Direktor des AIES), den rund 150 anwesenden Gästen die Möglichkeit sich durch konkrete Fragen an der Diskussion zu beteiligen.

Ein besonderes Augenmerk lag auf der Einstellung der deutschen und österreichischen Bevölkerung zum Militär und zur Landesverteidigung. Dabei wurde auf Aspekte wie die Vor- und Nachteile einer Wehrpflicht und die Resilienzfähigkeit der deutschen und österreichischen Bevölkerung eingegangen. Gerade die Bedeutung von Resilienz innerhalb der Bevölkerung wurde in der Diskussion hervorgehoben, da, wie vor allem von Prof. Masala unterstrich, eine resiliente Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist, um den Herausforderungen der modernen Sicherheitslandschaft zu begegnen. Strategien zur Stärkung des Bewusstseins und der Unterstützung in der Bevölkerung wurden daher intensiv diskutiert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion lag auf der Bedeutung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine für die europäische Sicherheit und Verteidigung. Die Sprecher/innen verwiesen im Gespräch auf mögliche Lehren, die aus dem Krieg gezogen werden können und wie die europäischen Länder gemeinsam agieren sollten, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Die einleitenden Statements

General Mag. **Rudolf Striedinger**, Generalstabschef des österreichischen Bundesheeres.

„Wir alle wissen, in welcher Position sich Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg befunden hat und wir haben damals mit einem, vor allem für uns junge Offiziere glaubwürdigen Konzept der Raumverteidigung den Eindruck gehabt, dass wir tatsächlich diese Abhaltestrategie, wie wir sie damals genannt haben, glaubhaft vermitteln konnten. Wir können uns, zusammen mit dem Westen, als Sieger des Kalten Krieges bezeichnen, auch wenn kein Schuss gefallen ist und wir das tatsächlich – und zum Glück muss ich sagen – nicht unter Beweis stellen mussten.

Es kam dann die so genannte „Wendezeit“, die insgesamt in Europa und insbesondere in Österreich zu einem militärstrategisch sehr konsequenten und verständlichen Rückgang der Streitkräftekonzeption in der Dimension – und insbesondere bei uns in der Dimension – geführt hat. Wir waren damals in der Zeit, wo nicht alles sicher war. 1991 gab es die Jugoslawienkrise, das Auseinandergehen von Tschechien und der Slowakei war auch keine Selbstverständlichkeit und wir waren daher durchaus vorbereitet um zumindest im Sinne von räumlich begrenzter Abwehr, das Bundesheer einsetzen zu können. Es haben sich die Dinge in Europa dann beruhigt, bis auf den Alpenraum natürlich, wo man sich dann mit Flüchtlingsströmen und sonstigen Auswirkungen der internationalen Einsätze beschäftigt hat. Das Ganze hat dann in der Folge dazu geführt, dass in den 2000er Jahren man in der Bundesheer-Reformkommission die grundsätzliche Orientierung des österreichischen Bundesheeres verändert hat.

Und zwar aus der Zeit der Raumverteidigung hin in eine Zeit, wo man sich gedacht hat, auch dann schon als junges Mitglied der EU und auch als Mitglied der NATO-Partnerschaft für den Frieden, wir können doch das Bundesheer für die Auslandseinsätze strukturieren und das als Hauptaufgabe des Bundesheeres verstehen. Und so haben wir das dann auch geschrieben. Mit mehr oder weniger Engagement, mit dem Wissen, dass jeder Auslandseinsatz eine freiwillige Leistung der Republik für etwas ist, wo wir uns nicht zwingend verpflichten zu etwas, was daher auch die Dimension bestimmt hat. Und es ist dann durch die Finanzkrise und sonstiges zu einer radikalen Reduzierung des Verteidigungsbudgets gekommen. Wir waren dann mehr oder weniger Schlusslicht in Europa, was das Verteidigungsbudget betroffen hat. Das hat zur Sinnfrage geführt. Wir hatten 2013 die Volksbefragung zum Thema „Allgemeine Wehrpflicht“ und ich habe mich damals schon sehr klar positioniert. Ich war damals Militärkommandant in Niederösterreich und es war klar, wir brauchen die Allgemeine Wehrpflicht. Und im Nachhinein können wir wirklich froh sein, dass wir damals die Entscheidung des Volkes so klar und deutlich gehabt haben, dass wir bei der Allgemeinen Wehrpflicht dabei bleiben. Auch der damalige Zivildienst hat eine wesentliche argumentative Rolle gespielt, diese Entscheidung des Volkes in diese Richtung zu bekommen.

Nichtsdestotrotz ist es weiter bergab gegangen. Es hat nämlich diese Entscheidung der Bundesheer-Reformkommission zu einer deutlichen Reduzierung der Präsenzorganisation des Bundesheeres geführt, aber noch zu einer viel größeren Reduzierung der Miliz.

War früher im Rahmen der Raumverteidigung die Zielsetzung, das Bundesheer mit 300.000 Mann endgültig aufzustellen – ein Ziel das nie erreicht wurde, aber die Zielsetzung war gegeben – so haben wir derzeit nach wie vor eine Mobilmachungsstärke von 55.000. Die Einschätzungen des Bedarfs werden durch diese Größenordnung nicht abgedeckt, das kann man ganz offen sagen – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt.

Interessanterweise hat sich die Stimmungslage in Europa durchaus verschlechtert. Das ist bei uns in Österreich nicht ganz wirklich angekommen. Also Krim und Dombas usw. war zwar eine Beobachtung wert, aber die Leute, die das Risikobild bearbeitet haben und Generalmajor Peter Vorhofer ist einer dieser Herren, die dafür bekannt sind, dass sie aus der militärischen und militärstrategischen und verteidigungspolitischen Sicht immer schon gesagt haben: „Passt auf, da tut sich was“ – die Pandemie haben wir klar vorausgesagt, die Veränderungen im Osten waren klar vorausgesagt, sie sind nur nicht auch von der militärischen Planung im Sinne von „das muss jetzt verändert werden“, so ernst genommen worden, dass auch die Politik dem folgen konnte.

Im Endeffekt war es dann so, dass wir mit der derzeit nach wie vor im Amt befindlichen Bundesregierung 2020 einen Schwenk insofern gemacht haben, als dass wir, also noch vor dem Ukraine-Krieg 2021, eine Änderung der verteidigungspolitischen und militärstrategischen Orientierung vorgenommen haben – ich sage jetzt nicht weg von den Auslandseinsätzen – aber hin zur militärischen Landesverteidigung der Republik. Damit ist auf einmal klar gewesen, die 55.000 Mann-Stärke sollte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sollte auch personell aufgestellt sein, materiell ausgerüstet sein, und so weiter und so fort. Ich sage das deswegen jetzt so deutlich, weil das der Grund dafür ist, warum wir dort sind, wo wir derzeit sind. Das entsteht ja nicht von heute auf morgen, sondern in einem Jahrzehnt-Prozess sozusagen. Kommt es zu einer Reduzierung und wir wissen alle, im Bereich der militärischen Aufbauarbeit ist das ein Jahrzehnt- oder sogar Zwei Jahrzehnte-Prozess, der angegangen werden muss.

Wir haben also eine grundsätzliche Änderung unserer Philosophie durch das neue Streitkräfteprofil erzielt. Und dann kam der Februar 2022 und auf einmal war alles – ich würde nicht sagen anders, aber klar: So geht das jetzt nicht weiter. Und das, was dann in Österreich passiert ist, ist aus meiner Sicht durchaus beachtenswert und etwas, was aus meiner Sicht nicht erwartet werden konnte, was aber aus politischer Sicht klar definiert wurde und aus meiner Sicht auch klar umgesetzt wurde.

Wir haben aus militärischer Sicht einen klaren Aufbauplan entwickelt mit der Zielrichtung 2032. Wir haben eine gesetzliche Grundlage bekommen, die es bisher nicht gab, dass man mit einem Budget auf eine Tangente im Wesentlichen von zehn Jahren gesetzlich fixiert ist. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Die Größenordnung dieser Budgetentwicklung ist beispielsweise so, dass der Budgetaufwuchs von 2022 auf 2024 über 50 Prozent ist. Also wenn ich meine Nachbar- oder sonstige EU-Generalstabschefs zum Budget befrage, so eine Steigerung hat niemand.

Ich gebe zu, man muss das Niveau, von wo man weggeht auch beachten. Das ist keine Frage und da ist jede Steigerung bald einmal etwas wert, aber man muss das auch entsprechend umsetzen, und es geht doch um einige hundert Millionen Euro, die also hier umzusetzen sind.

Das ist dann schon etwas, wo ich sehr froh bin, dass wir das Jahr 2023 dafür sehr gut nutzen konnten. Wir befinden uns derzeit in einer Situation, wo wir diesen Anstieg, diesen Aufschwung durch die von der Ministerin so benannte „Mission Vorwärts“, sehr, sehr offensiv vorantreiben.

Kurz zusammengefasst heißt das, dass wir entweder altes Gerät ausscheiden und dafür neues kaufen, insbesondere bei Hubschraubern, Flugzeugen etc.; dass wir bei altem Gerät eine Modernisierung durchführen, die gesamte mechanisierte Truppe läuft so; dass wir von geeigneten Dingen mehr kaufen – so wurden beispielsweise zusätzlich 225 Panduren bestellt und dass wir etwas neu machen.

Bis jetzt konnten wir im Bereich der Fliegerabwehr auf drei bis fünf Kilometer wirken, wir haben derzeit im Aufbauplan die mittlere Reichweite bei 50 Kilometer abgesichert und wir bekommen hoffentlich demnächst ein Gesetz, das uns auch für die lange Reichweite die Möglichkeit gibt, zusätzliche Budgetmittel zu bekommen, sodass wir also im Verbund der europäischen Luftverteidigung als neutrales Land auf der einen Seite, aber trotzdem im Verbund, integriert werden können. Wir sehen sowohl in der Ukraine als auch in Israel was es heißt, wenn man so etwas hat oder wenn man so etwas nicht hat.

Wir haben ein klares Zielbild für das Bundesheer 2032 und sind jetzt dabei, die ersten Umsetzungsschritte in diesem Sinne zu machen.“

Generalstabsarzt Dr. **Nicole Schilling** (Vizepräsidentin Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr Deutschland).

„Ich möchte beim Begriff ‚Zeitenwende‘ beginnen. Der Begriff ‚Zeitenwende‘ wurde jetzt in diesem Kontext geprägt von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Rahmen seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022, also drei Tage nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Und das war ja nicht das, was wir heute unter dem Begriff verstehen. Er hat das weder als Programm formuliert oder als Initiative, er hat keine Absicht damit verbunden, sondern er hat im Prinzip den Zustand beschrieben. Er hat gesagt, wir stehen an einer Zeitenwende. Die Welt, wie wir sie kennen, hat sich verändert und wird auf absehbare Zeit nicht mehr so sein, wie sie einmal war.

In Deutschland ist aber die Diskussion relativ schnell auf einige bestimmte inhaltliche Punkte fokussiert worden. Ein wesentlicher Punkt und der hat sich auch bereits in seiner Rede wiedergefunden, ist das Thema Haushaltsmittel für Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr. Das Sondervermögen von 100 Mrd. Euro war Bestandteil der Reaktion, die Ausrüstung für die Bundeswehr zu verbessern.

Von diesen 100 Mrd. Euro Sondervermögen sind zum heutigen Tag tatsächlich nahezu alle Mittel gebunden in Rüstungs- und Beschaffungsprojekten.

D.h. es ist festgelegt und auch entschieden, letztendlich auch durch die parlamentarische Mitwirkung, was beschafft wird, wann es beschafft werden wird, sodass für alles, was jetzt noch ergänzend benötigt wird, tatsächlich auch ergänzende Finanzmittel erforderlich werden.

Ein anderer Schritt und das war dann die Umsetzung innerhalb des Ressorts, war der Anspruch, Beschaffung künftig zu beschleunigen und leichter realisierbar zu machen. Vor allem auch mit Blick auf die schwierigen Zeitlinien, die Beschaffungsprojekte oder auch Rüstungsprojekte in Deutschland eingenommen haben. Man wusste, dass Deutschland unter anderem nahezu immer tatsächlich Rüstungsprojekte betrieben hat, die entweder national oder auch mit Bündnispartnern entwickelt worden sind und eben nicht das gekauft hat, was marktverfügbar war. Das hat auch eine bestimmte rüstungspolitische Dimension und auch gute Gründe, führte aber in der Vergangenheit dazu, dass Dinge auch länger gedauert haben.

Und das Thema Beschleunigung von Rüstungsprojekten war ein wesentlicher Bestandteil, um verteidigungsfähig oder auch kriegstüchtig zu werden. Es sind also wirklich Grundlagen geschaffen worden, um Beschaffung zu beschleunigen und auch innerhalb des Beschaffungswesens sind Vorschriften außer Kraft gesetzt worden, auf die man in der heutigen Zeit verzichten kann.

Trotzdem und auch das ist etwas, was in den letzten Wochen und Monaten in Deutschland auch durchaus breiter in der Öffentlichkeit und im politischen Raum diskutiert wurde ist, nämlich dass die 100 Mrd. Euro Sondervermögen nicht ausreichen, um tatsächlich die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung voll wahrzunehmen.

Das wird von Verteidigungsminister regelmäßig formuliert und Bundeskanzler Scholz hat bestätigt, dass er sich selbst dafür sehr einsetzen wird, dass weiterhin zusätzliche Finanzmittel für die Bundeswehr bereitgestellt werden. Dazu gehören Veränderungen im Ministerium selbst. Etwa durch die Einrichtung eines Planungsführungsstabs.

Der Vorschlag zur Neuorganisation der Bundeswehr selbst, ist stark verknüpft mit dem Begriff der „Kriegstüchtigkeit“. Alles, was wir jetzt machen, muss dem Zweck dienen, die Bundeswehr besser zu befähigen, ihre Aufgaben im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung erfüllen zu können. Der Minister erwartet, dass das noch vor der nächsten Bundestagswahl, die im Herbst 2025 stattfinden wird, geschehen wird. Das sind sehr ambitionierte Zeitlinien. Hinsichtlich der personellen Situation sind Struktur- und Bedarfsplanungen noch nicht an die neuen Rahmenbedingungen angepasst.

Es bereitet keine Schwierigkeiten, Offiziere zu finden, auch bei den einfachen Mannschaftssoldaten gibt es keine Probleme. Große Schwierigkeiten gibt es aber – so wie in der Privatwirtschaft – mit der wir hier in Konkurrenz stehen, bei der Suche nach Fachkräften mit etwa einer Meisterqualifikation.

Dabei wird die Frage zu untersuchen sein, wie uns dabei die eventuelle Wiedereinführung der Wehrpflicht hilft. Zu beachten ist auch, dass die Bundeswehr gerade auch in der Pandemie Aufgaben übernommen hat, die mit dem Militär nichts mehr zu tun haben. Und sie wird in die Rolle kommen, dass sie selbst unterstützt werden muss.“

Prof. **Carlo Masala** (Universität der Bundeswehr München).

„Das relevanteste Risiko ist glaube ich das, das seit Monaten diskutiert wird. Nämlich wenn wir davon ausgehen müssen, dass es sich bei Russland um einen Akteur mit neoimperialistischen Ambitionen handelt, der sich eigentlich schon seit eineinhalb Jahren rüstungsmäßig für die nach Beendigung, wie auch immer das ausgehen mag, dieses Ukraine-Konflikts vorbereitet, dann ist die Annahme durchaus berechtigt, dass wir irgendwann in eine Situation geraten könnten, in der Russland einen NATO-Mitgliedstaat angreift. Ein begrenzter Angriff auf einen NATO-Mitgliedstaat. Sei es nur um zu testen, wie verteidigungsbereit eigentlich diese Allianz ist.

Wir sind als Europäer in einer Situation, in der wir so einige bekannte Unbekannte haben, von denen wir nicht wissen, wie sie sich auswirken werden und welche Auswirkungen sie dann letzten Endes auf Europa haben werden. Da muss man nur einmal die Frage stellen: Wer gewinnt die Wahlen in den USA? Das wird Auswirkungen auf Europa haben. Ich glaube, unabhängig davon, ob es Donald Trump oder Joe Biden sein wird. Denn eine der Konsequenzen wird definitiv sein, dass auf lange Sicht wir Europäer für unsere Sicherheit mehr Verantwortung übernehmen müssen.

Der Unterschied zwischen Joe Biden und Donald Trump wird nur sein: unter Biden wird versucht, diplomatisch konsensuell heimzuspielen, während Sie bei Trump damit rechnen müssen, dass sie morgens aufwachen und in den sozialen Medien erfahren müssen, dass er uns die Sicherheitsgarantien, zunächst im konventionellen Bereich, entzieht. Die Frage, dass wir mehr Verantwortung übernehmen müssen, wird sich unweigerlich stellen.

Wenn es diesen begrenzten Angriff gibt, dann glaube ich, ist eine der Lehren aus der Ukraine, dass Russland zwei Vorteile hat. Nämlich: Russland hat überhaupt kein Problem damit, sozusagen und das sieht man ja bei den Oblasten, über besetztes Territorium sofort den Nuklearschirm darüber zuschieben. D.h. wir sind mit der nuklearen Dimension in einem Konflikt konfrontiert, ohne dass russisches Territorium direkt angegriffen wird, Das sieht man ja auch in der Ukraine, dass Teile des Landes den nuklearen Schutzschirm Russlands genießen.

Der zweite Punkt ist, dass Russland kein Problem mit „Masse“ hat. Masse an Menschen und Masse an Material. Russland würde ja nicht nur einen begrenzten Angriff auf die baltischen Staaten durchführen, sondern Russland würde versuchen, zusammen mit seinen Partnern und Verbündeten an vielen Ecken dieser Welt sozusagen Dinge zu tun, die uns ablenken sollen und unsere Kräfte binden. Da stellt sich die Frage, wie sehr war das eigentlich vorbereitet. Und da wäre meine Antwort: Wir sind weit und breit nicht abwehrbereit, weil uns viele Fähigkeiten fehlen, die wir auf jeden Fall besitzen müssen – als Europäer, ich spreche nicht von Amerikanern – um zu verhindern, dass Russland diese Vorteile überhaupt ausspielen kann. Wir haben als Europäer Kernfähigkeiten, um von jedem beliebigen Punkt in Europa jeden beliebigen Punkt in der Russischen Föderation anzugreifen und dort Dinge zu zerstören. Wir haben dazu die Luftwaffen, aber natürlich müssen wir die russische Luftwaffe und Luftverteidigung überwinden. Wir haben aber diese Fähigkeiten nicht im Bereich der ballistischen Raketen, Cruise-Missiles, Marschflugkörper usw. Diese sind bei uns kaum vorhanden.

Wenn es einen solchen Konflikt geben würde, dann würden wir sehr schnell aller Wahrscheinlichkeit mit der Problematik konfrontiert, dass wir der Masse nachgeben müssen, die uns in den europäischen Ländern fehlt.

Die Frage „Personal“ ist für mich nicht nur für die Deutsche Bundeswehr sehr dramatisch, wenn man sie nicht in den Griff bekommt. Das gilt auch für die meisten europäischen Länder. Von daher haben wir in Europa noch einen langen Weg zu gehen, Wir haben leider 2022 ein Jahr verloren, aber seit der neue deutsche Verteidigungsminister im Amt ist, ist da wirklich Zucht drinnen. Aber jetzt treten wir in eine Phase, wo wir Verträge schließen müssen, wo wir das Ganze der Industrie geben und die hat dann ihren eigenen Rhythmus.

Wir haben ein Problem, das ist die Asymmetrie der Zeit. Russland wird schneller fertig sein können, als wir es können. Wenn man so alt ist wie ich, ist 2024 nicht die erste Zeitenwende. Beispielsweise war 9/11 eine Zeitenwende. Wir gebrauchen das Wort ein bisschen inflationär. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, wir haben sehr viel gehört über die militärischen Bemühungen, die Streitkräfte zu modernisieren, auszurüsten. Ich würde vor dem Begriff der „Aufrüstung“ warnen. Das, was wir in Deutschland machen, ist ausrüsten, nicht aufrüsten. Wir beschaffen das, was wir schon jahrelang versprochen aber durch diplomatische und militärische Tricks nie angeschafft haben.

Der entscheidende Punkt ist: das ist keine Zeitenwende. Es ist eine notwendige nachfolgende Ausrüstung der Streitkräfte mit all den verbundenen Problemen, die sich da stellen mögen. Und man kann wirklich über das eine oder das andere trefflich streiten, aber das ist keine Zeitenwende. Die eigentliche Zeitenwende ist – und das ist das Problem auch in Österreich – wir brauchen eine gesellschaftliche Resilienz!

Die eigentliche Zeitenwende haben wir in Deutschland erst am Anfang. Denn wenn ich mir die Frage stelle: Wodurch werden wir eigentlich bedroht, dann ist das noch nicht der russische Panzer oder das russische Kampfflugzeug, das über Polen nach Berlin vordringt. Das ist ein Szenario, das kann möglicherweise irgendwann einmal passieren, aber die eigentlich Bedrohung für die Bundesrepublik Deutschland ist die sehr erfolgreiche hybride Kriegführung, die die Russische Föderation seit ungefähr zehn Jahren gegen die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland führt. Dazu gehört Desinformation, dazu zählen Anschläge auf die kritische Infrastruktur, dazu zählen Cyber-Attacken, dazu zählt die Finanzierung und Unterstützung rechtsradikaler, rechtsextremer oder rechtsextremistischer Parteien, deren Aufgabe es ist, das System in Deutschland als solches zu desavouieren.

Wir befinden uns in einem Krieg. Das ist nur ein hybrider Krieg, daher müssen wir die Gesellschaft resilient gegen die hybride Kriegführung machen. Wir beginnen das jetzt in Deutschland und Österreich langsam zu begreifen. Denn wenn wir es nicht schaffen, die Gesellschaft resilient zu machen, dann werden unsere ganzen Bemühungen um die bessere Ausrüstung und Vorbereitung des Militärs umsonst sein. Das ist die Zeitenwende und da stehen wir erst am Anfang.

Buchtipp

Carlo Masala | Hannes Androsch „Warum die Welt keinen Frieden findet“, ISBN: 978-3-7106-0705-9, 120 Seiten, aus der Reihe Auf dem Punkt. 2024.

Inhalt: Der Wunsch nach weltweitem Frieden ist ebenso redlich wie verständlich. Doch er führt auch dazu, dass uns aufflammende Konflikte und Kriege in Schrecken versetzen – ganz besonders, wenn sie in geografischer Nähe auftreten, wie es seit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine der Fall ist. Sehen wir also der Realität ins Auge, fordert der renommierte Militärexperte Carlo Masala: Wenn wir verstehen, warum Konflikte, Kriege und Gewalt ein Kennzeichen des internationalen Systems sind und welche Spielregeln dort gelten, dann können wir in Zukunft politisch wie als Gesellschaft auch besser damit umgehen. Klar und verständlich analysiert Masala die Hintergründe einer Welt im Umbruch. Zugleich zeigt der Kriegsforscher, welche Strategien die Auswirkungen von Konflikten minimieren sowie Sicherheit und Stabilität fördern können.

Zur Verdeutlichung noch einige aktuelle einschlägige Agenturmeldungen:

Rheinmetall rechnet mit Löwenanteil am deutschen Armeesondervermögen. Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall streicht nach eigenen Angaben rund ein Drittel des 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens zur Aufrüstung der deutschen Bundeswehr ein. Für das Geld liefere Rheinmetall Flugabwehrausrüstung, Lkw, Munition und einen Teil des Programms zur Beschaffung von F35-Kampffjets. (APA/Reuters, 11. Mai 2024)

Pistorius will Ende Mai Vorschlag zur Wehrpflicht machen. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius will spätestens in drei Wochen einen Vorschlag zur Zukunft der Wehrpflicht in Deutschland vorlegen. Das kündigte der SPD-Politiker bei einem Besuch im kanadischen Ottawa an. Er beabsichtige, sich in der letzten Maiwoche öffentlich zu äußern, vorher werde intern beraten, sagte er nach einem Gespräch mit seinem Kollegen Bill Blair. Zuvor hatte die "Welt am Sonntag" berichtet, dass das Ministerium Pistorius unterschiedliche Modelle für eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht vorgeschlagen habe. Die Vorschläge aus dem Ministerium reichen demnach von einer Optimierung der aktuellen Vorgehensweise bis zu einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen. Trotz einer Personaloffensive der Bundeswehr war die Truppe im vergangenen Jahr auf 181.500 Soldat/innen geschrumpft. (dpa, 10. Mai 2024)

Pistorius: Keine Schuldenbremse für Verteidigungsetat. Bei der Ausrüstung sei bereits einiges passiert. So sei das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen bis Ende des Jahres bereits komplett vertraglich gebunden, doch müsse die Produktion in der Rüstungsindustrie deutlich erhöht werden. Dazu wiederum müsse diese gestärkt werden. „In diesen Kontext gehört auch, dass wir (...) unsere Rüstungsexportpolitik neu denken müssen.“ Derzeit werde diese weder der Zeitenwende noch der verschärften geopolitischen Lage gerecht. „Eine verantwortungsvolle Rüstungspolitik berücksichtigt eben nicht nur unsere Bündnis- und Sicherheitsinteressen und unsere moralischen Vorstellungen, sondern unterstützt auch unsere bewährten und neuen Partner, die ihrerseits unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt sind, auch und gerade außerhalb von Europäischer Union und Nato“. (APA/dpa, 9. Mai 2024)